

Position:**Bürokratie**

► **Die Bürokratie wuchert:
Eine Trendumkehr ist nötig!**

Ein Ziel freisinniger Politik muss es sein, die Bürokratie zu verschlanken!

Die Politik hat sämtliche Lebensbereiche ergriffen, geregelt, und die Verwaltung sagt nachher, wie die Vorgaben umgesetzt werden.

Oftmals greift der Inhalt der erlassenen Gesetze viel weiter ins Leben der Bürger ein, als die Gesetze es ahnen lassen oder als sie es gar wollten.

Die Verwaltung hat die gesetzgeberische Feinarbeit an sich gerissen, sie regiert mit säuberlich nummerierten «Mitteilungen», «Kreisschreiben», «Richtlinien» et cetera.

Am Ende der Regelkette von Verfassung, Gesetzen, Verordnungen teilt immer eine Amtsstelle, die Rechte und Pflichten zu.

Der Umwelt-Lebensmittel- oder Sicherheitsbeamte geht durch einen Betrieb und verfügt innert einer halben Stunde bauliche Anpassungen für ein paar Tausend Franken. Ungeachtet ob ein Betrieb diese Investitionen in die Jahres- und Amortisationsplanung aufnehmen kann.

In diesen eigenmächtigen Regulierungen stehen die Bedingungen, die Fristen, die Gebühren, die Bussen.

Alle kennen diese Klagen. Die entscheidende Frage lautet somit, wie die Verwaltung zu einem solchen Bürokratiemonster geworden ist.

Hier wurden wichtige Weichen falsch gestellt.

► **Es ist die Aufgabe der Parlamente:**

Es ist die Aufgabe des Parlaments und der Räte sich um die Belangen zu kümmern, welche die Bürger berühren.

Zwar muss das Parlament die Verordnungen nicht erlassen, es muss sie aber in globo absegnen und allenfalls annullieren können. Zudem muss das Parlament, oder Rat eine Wächterrolle über die Umsetzung einnehmen.

Ebenso muss das Parlament die internen Abläufe der Bürokratie im Grossen festlegen.

Gebühren gehören weitgehend abgeschafft, ausser es handle sich um echte Dienstleistungen der Verwaltung an Bürger und Firmen, wie Wasser oder Kehricht.

Der Ansatz des «New Public Management», dass die Verwaltung sich möglichst selbst finanzieren soll ist kontraproduktiv.

Nicht umsonst schikanieren viele Ämter mit absurd hohen Gebühren, welche in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung stehen.

Man könnte versuchsweise die Verwaltung auch verpflichten, alle verursachten Umstellungen in Anlagen und Gebäuden selbst zu bezahlen.

Es wird ja ein öffentliches Interesse geltend gemacht.

Die Verwaltung, auf ihre eigenen Ressourcen gestellt, würde im nu schlank und hätte keinerlei Interesse an ausufernden Kontrollen.

Ursachen für die Zunahme an Regulierung gibt es viele: Ein wichtiger Treiber ist die Globalisierung, welche die Schweiz zwingt, internationale Regeln zu übernehmen. Auch ist die Welt komplexer geworden, und es bedarf komplexerer Lösungen.

► Bürokratie «Self-made»:

Vieles ist aber auch hausgemacht.

Das Aufgabengebiet der öffentlichen Hand wird ständig ausgebaut, weil der Markt versagt, aber auch, weil ein Skandal oder ein Unglück unter medialem Trommelfeuer die Politiker zum Handeln animiert.

Die Schuld an der Überregulierung tragen alle:

- › die Politik
- › die Verwaltung
- › die Wirtschaft
- › die Null-Risiko-Mentalität

Dabei wird vielfach übersehen, dass –

jede bürokratische Aufrüstung beim Staat auch eine bürokratische Aufrüstung in den Firmen bewirkt.

Oftmals verbunden mit immensen Kosten.

Treiber der Bürokratie

► Die Parlamente

Mit immer neuen, und vor allem unnötigen, Gesetzen und Vorschriften tragen die Parlamente einen enormen Teil zu Ausbau der Bürokratie bei.

Nichts davon hilft, die dringenderen Probleme des Landes anzupacken.

Beispiele dafür gibt es in jüngster Zeit genug:

- › die Konzernverantwortungsinitiative
- › die Kriegsmaterialinitiative
- › die Transparenzansprüche bei der Parteienfinanzierung
- › etc.

► Die Verbände

Nicht selten sind es einzelne Branchenverbände, die in der Verteidigung ihrer Partikularinteressen neue Standards setzen wollen – um so potenziellen Konkurrenten den Marktzutritt zu erschweren. Oftmals argumentieren sie dabei mit Stichworten wie «Sicherheit» und «Qualität», und meist kommen sie damit durch.

- › Paradebeispiel gibt hierfür der Protektionismus in der Landwirtschaft ab.

► Die Wirtschaft

Aber die Wirtschaft verbürokratisiert sich auch selbst. Ohne Zustimmung aus der Compliance- und Rechtsabteilung läuft nichts mehr. Verträge zwischen Unternehmen, die einst zwei oder drei Seiten umfassten, sind heute zehnmal so dick – wenn nicht noch umfangreicher.

► Die «Null Risiko-Hysterie»

Überall – bei der öffentlichen Hand wie in den Unternehmen selbst – werden Vorschriften und Kontrollmechanismen aufgestellt, mit denen auch wirklich jeder Vorgang oder jeder Einzelfall erfasst wird. Niemand ist bereit Verantwortung zu übernehmen. Jede Handlung wird mit einer Rückkopplung versehen.

Diese überbordende Regulierung ist Ausdruck eines Verlustes von Vertrauen: in alle und in alles.

Zehn Milliarden Franken

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat zwölf für die Firmen administrativ aufwendige Bereiche untersucht und beziffert die Kosten für diese auf zehn Milliarden Franken pro Jahr.

Natürlich lassen sich diese Ausgaben nicht auf null herunterdrücken, aber deutlich senken, um etliche hundert Millionen. Und das, ohne den Nutzen dieser Regulierungen in Frage zu stellen.

Zwei der grössten administrativen Kostentreiber sind schon seit langem identifiziert:

- › **die Mehrwertsteuer,**
- › **das Baurecht.**

Das Seco beziffert die Regulierungskosten für die Unternehmen in diesen beiden Bereichen auf 1,76 respektive 1,6 Milliarden Franken pro Jahr.

Aber jeder Versuch der Eindämmung scheitert, bei der Mehrwertsteuer am Widerstand all jener Interessengruppen, die heute von Ausnahmen und Sondersätzen profitieren. Genannt sei hier

- der befristete Sondermehrwertsteuersatz von 3.7% für Beherbergungsbetriebe. Dieser provisorische Satz ist 1996 eingeführt worden und muss immer wieder durch das Parlament verlängert werden. Bisher fünf Mal bis 2027. Absurd oder?
- der reduzierte MWST-Satz von 2.5% für Take-away Angebote
- bei den Baunormen am Föderalismus.

Wenn die Verwaltung sich steigert, wird sie Bürokratie.

Schon seit längerer Zeit wurden die bürokratischen Weichen in die falsche Richtung gestellt.

Aber solche falsch gestellten Weichen sind auch umstellbar. Sie stellen einige wenige, aber wirkungsmächtige Stellen für eine – nachher selbsttätige – Schubumkehr der Bürokratie dar.

Sie wird dann wieder von der Bürokratie zur Verwaltung.

Auch hier gilt bei denen, die wir Beamte nannten (heute sind es Angestellte), was immer gilt: ► **Man muss mit Menschen rechnen, die rechnen können.**

Ludwig Loretz



Andermatt, 11. Januar 2021

► Beispiele falscher Weichenstellung:

Eine vermeintlich rechtsstaatliche Weiche, wurde 2000 mit der Schaffung des **Bundesverwaltungsgerichts** falsch gestellt. Anstelle der früheren, verwaltungsinternen Rekurskommissionen aus Fachleuten, die schnell und endgültig entschieden, richtete man auf allen 51 Tätigkeitsgebieten des Bundes ausufernde Rekursmöglichkeiten ein.

Diese können in alle Details amtlicher Tätigkeit einhaken – gegen die Zuständigkeit, gegen die Offenlegung von «Geschäftsgeheimnissen», gegen die einzelnen Verfahrensschritte, wegen Befangenheit, für oder gegen Gutachter und in Kaskaden gegen die dann erfolgenden Entscheide und Urteile. Dies zwingt die Verwaltung, zur Bürokratie zu werden, auf Schriftlichkeit aller Vorgänge zu bestehen, sich selbst ins Letzte zu legitimieren, zu dokumentieren, mit immer neuen «Kreisschreiben» der Rekursflut vorzugreifen und sie damit erst recht auszulösen, und es verlangt von den Gegenparteien, denn dazu werden jetzt Bürger und Firmen, ebensolche bürokratische Vorkehren und Verteidigungen. Die frühere «No-nonsense»-Verwaltung ist erstickt, die Gerechtigkeit auch.

Zahlreiche Weichen wurden in der **Sozialpolitik** falsch gestellt, zu enormen Kosten ebenfalls und mit Schikanen, welche zur Entmutigung der Ärmsten beitragen.

Die Beispiele der KESB lassen grüssen.

Die «working poor» erhalten in der Sozialhilfe Geld, aber nach pingeliger Prüfung der Lebensverhältnisse. Und falls das Einkommen mal steigt, wird Franken für Franken von der Hilfe abgezogen, bei einem Steuersatz von 100 Prozent.

Die Armen werden wenig motiviert, sich stärker in den Arbeitsmarkt einzureihen. Ein Lösungsansatz wäre das amerikanische Beispiel einer Steuerpolitik des «Earned Income Tax Credit». Die Bürokratie dazu ist minimal.

Ein weiteres abschreckendes Beispiel ist der **«soziale» Wohnungsbau** – eine Objekthilfe mit schlimmsten Wirkungen. Wenn eine Stadt baut, folgen Wartelisten, Kontrollen, Verwaltungsbürokratie und gelegentlich, wie in Bern und Zürich vor einiger Zeit, faustdicke Begünstigungen.

Dazu konzentrieren sich die Armen und die Einwanderer in ghettoartigen Quartieren.

Die **Sozialversicherungen** schreiben Rechte und Pflichten, oft das Verhalten vor für Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft und in Betrieben wie in Nichtbetriebszeiten.

Das **Wirtschaftsrecht** geht in die Details der Besitzverhältnisse, des Wettbewerbs ein, die **Raum- und Ortsplanung** erodiert das Eigentum an Grund und Boden, und der Unternehmer sieht bei **Umwelt und Steuern** die Beweislast umgekehrt: schuldig, ausser man hat einen guten, aber dann halt nicht billigen Anwalt.

Die **Haftungspflicht** des Staates, der einzelnen Beamten soll reduziert, oft wegbedungen werden. Dann müssen sich die Verwaltungen auch nicht absichern mit enorm gewachsenen eigenen Stäben sowie von aussen zugekauften Experten. In gewissen Jahren blähten sich die Stäbe im **Gesundheits- und Bildungssektor** um genau die Zahl der Einwanderer aus nördlichen Staaten auf. Diese oft als Benchmarker, Planer, Akkreditierer, Evaluatoren, Zertifizierer, Consultants, vollamtliche Schulleiter Tätigen hindern die andern nur am Arbeiten. Ohne sie aber kann eine Verwaltung wieder situativ, nach Ermessen arbeiten.

Die **grössten Kosten der Bürokratie** übrigens sind die Vorhaben, die von den Bürgern und Firmen aus Scheu vor den Prozeduren resigniert gar nicht erst angepackt werden.

Die nicht bezifferbaren Kosten die entstehen, wenn Innovation und Unternehmertum behindert, und damit Firmengründungen verhindert werden. Firmen, welche im späteren Verlauf Arbeitsplätze und Steuersubstrat generieren.

**Staatsorgan: weder Herz noch Lunge,
sondern ein ständig wachsender
Verdauungsapparat.**

Ron Kritzfeld

Datenquelle: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Beat Kappeler / Ökonom, Publizist, Autor
Handelszeitung, HTR...